

## Kleine Anfrage 1255

der Abgeordneten Dr. Saskia Ludwig und Anja Heinrich  
der CDU-Fraktion

an die Landesregierung

### Linksextreme Aufrufe in Brandenburg

Am Sonntag den 1. November 2015 hat die Linksfraktion im Landtag Brandenburg mit Ihrem Fraktionsbus an dem Fest der Stadt Frankfurt (Oder) unter dem Motto "Wir zeigen Flagge für Weltoffenheit" teilgenommen. Fotos des Festes zeigen die Landtagsabgeordnete Isabelle Vandre neben dem Fraktionsbus, der mit einem Banner „We love Volkstod – Bleiberecht für Alle“ geschmückt war.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie definiert die Landesregierung Linksradikalismus, Linksextremismus und Linksterrorismus?
2. Was versteht die Landesregierung unter „Volkstod“?
3. Teilt die Landesregierung die Auffassung der Landeszentrale für politische Bildung, dass der „Volkstod“ für Rechtsextremisten ein Synonym für die Demokratie als Ganzes ist? (Wenn ja, welche Belege gibt es hierfür?)
4. Fällt die Aussage „We love Volkstod“ unter den Straftatbestand der Volksverhetzung?
5. Werden Mitglieder der Regierungsfractionen vom Verfassungsschutz beobachtet?
6. Beobachtet der Verfassungsschutz zu den aktuellen Forderungen zum „Volkstod“ der Linksfraktion?
7. Wie bewertet der Verfassungsschutz des Landes Brandenburg den Aufruf zum "Volkstod" und die Beteiligung einer Abgeordneten der Regierungskoalition?
8. Wie beurteilt die Landesregierung die Aussage der von der Fraktion Die Linke beworbenen Aussage „We love Volkstod“ gerade in Hinblick auf die aktuelle Debatte um die Flüchtlingspolitik in Brandenburg?

9. Fördert diese Aussage nach Einschätzung der Landesregierung rechtspopulistische und rechtsextreme Tendenzen in Brandenburg, besonders wenn Sie von einer Partei der Regierungskoalition gemacht werden?
10. Unterstützt und fördert die Landesregierung Maßnahmen der Linkspartei in Brandenburg zum „Volkstod“?
11. Ist das Fest in Frankfurt (Oder) durch das Land finanziell gefördert worden? (Wenn ja, in welcher Höhe?)
12. Wie beurteilt die Landesregierung, dass die Fraktion Die Linke auf ihrem aus Brandenburger Steuergeldern finanzierten Fraktionsbus Werbung für den „Volkstod“ macht?
13. Wie beurteilt die Landesregierung dass Mitglieder der Regierungskoalition, die ihre Diäten vom Brandenburger Steuergeldern erhalten, Werbung für den „Volkstod“ machen?
14. Welche konkreten Maßnahmen, Initiativen oder Projekte führt die Landesregierung durch, um dem demokratiegefährdenden Potential linksextremer Einstellung in Brandenburg entgegenzuwirken?